Fachleute im Forstausschuss

Schützen oder nutzen? Wie NRW seinen Wald künftig regeln will

Von Léo Solleder
Journalistenschüler

05.11.2026 · 17:51 Uhr



Nordrhein-Westfalens Landwirtschaftsministerin Silke Gorißen (CDU) plant eine Erweiterung des Landesforstgesetzes.

Foto: dpa/David Young

Düsseldorf · Borkenkäfer oder Klimaschäden – der Waldbestand in NRW leidet unter zahlreichen Gefahren. Die Landesregierung möchte ein Gesetz weiterentwickeln. Doch es tun sich Konflikte auf zwischen Waldbesitzer, Naturschützer und Holzproduzenten.

4 Min.

Man übersieht es angesichts der großen Ballungsräume manchmal, doch Nordrhein-Westfalen ist ein Waldland. Rund ein Drittel des Bundeslands ist bewaldet, jedoch: Seit 2018 sind rund 15 Prozent der Bestände abgestorben. Die Ursachen sind unterschiedlicher Natur, vor allem sind RP+ aber Unwetter- und Hitzeschäden sowie die Borkenkäferplage verantwortlich.

Landwirtschaftsministerin Silke Gorißen (CDU) hatte daher bereits im April eine offizielle Waldstrategie vorgestellt. RP+ Zu den Themenfeldern gehörten unter anderem Erhalt und Vermehrung der Waldfläche oder das Jagd- und Wildtiermanagement. Die Kernbotschaften der Waldstrategie sollen nun in das Landesforstgesetz integriert werden, das dadurch zum Landeswaldgesetz werden soll.

Ein bisschen wie beim Bundestrainer

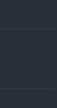
Bei einer Experten-Anhörung im Forstausschuss, zu der auch Vertreter von Interessenverbänden geladen waren, wurde allerdings schnell deutlich, dass es „den Wald“ nicht gibt. Denn neben den wichtigen Waldbesitzern, ein Großteil des Waldes in NRW ist in Privatbesitz, haben auch Naturschutzverbünde, Jäger und Förster ihre Perspektiven, ebenso wie Kommunen. Beim Wald ist es also wie beim Bundestrainer: Jeder hat eine Meinung dazu.

Das Gesetz müsste laut Fred Josef Hansen vom Bund deutscher Forstleute (BDF) den Spagat zwischen klassischer Forstwirtschaft und den Herausforderungen des Klimawandels wagen, dabei bleibe allerdings einiges auf der Strecke. Grund sei, dass das Ziel, mit dem Forst Geld zu verdienen, und das Ziel, ihn klimaresilient aufzustellen, teilweise konkurrierten. „Wenn ich beides will, dann muss ich zumindest die gesellschaftlich relevanten Belastungen in geeigneter Art ausgleichen“, sagte Hansen. „Um das zu erreichen, muss das Land etwas tiefer in die Tasche greifen, als das bisher gewesen ist.“ Die Annahme des Ministeriums, dass die Gesetzeserweiterung mit keinen weitergehenden Kosten verbunden sei, sieht der BDF skeptisch.

„Massives Defizit“ in der Holzproduktion

Die Umbenennung des Gesetzes stößt hingegen aufseiten der Holzproduzenten auf Kritik, denn: Der bisherige Begriff Landesforstgesetz lege den Schwerpunkt bereits auf die nachhaltige Bewirtschaftung der Waldfläche. „Wenn wir ökonomisch wie ökologisch vernunftbegabt agieren wollen, müssen wir die Waldressourcen, die wir haben, nutzen“, erklärte Maximilian von Nesselrode vom Verein Familienbetriebe Land und Forst NRW. „Das heißt für mich, dass wir uns die Flächen, die wir als Wildnisgebiet oder Nationalpark ausgewiesen haben, weder ökologisch noch ökonomisch leisten können.“

Wald und Holz NRW
Welchen Kühleffekt Bäume auch auf Städte haben



Angesichts eines jährlichen Bedarfs von 24 Millionen Kubikmetern Holz und einer Produktion von sechs bis acht Millionen Kubikmetern in Nordrhein-Westfalen habe man in diesem Bereich ein „massives Defizit“. Der Bedarf müsse durch rund 680.000 Lkw-Ladungen Holz in allen Aggregatszuständen ausgeglichen werden, die jährlich nach NRW importiert werden müssten.

Lesen Sie auch

Nebenstellen in Dormagen und Meerbusch
Konflikt um Straßenverkehrsamt polarisiert die Politik im Rhein-Kreis

„Cold Case“ aus Kempen bei „Aktenzeichen XY … ungelöst“
Neue Hinweise zum Verschwinden von Dagmar Knops

Kritik am Gesetzesvorschlag gab es auch aus Reihen der FDP. „Mit dem neuen Landeswaldgesetz verschiebt Schwarz-Grün die Waldpolitik einseitig in Richtung ideologischer Naturschutzmaßnahmen. Unsere Wälder sind aber nicht allein Schutz- und Erholungsraum, sondern auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wer den Wald nur noch als grünes Schutzobjekt betrachtet, gefährdet die Grundlage seiner Bewirtschaftung“, erklärte der umweltpolitische Sprecher der Liberalen, Dietmar Brockes. „Ausgerechnet CDU-Ministerin Silke Gorißen macht mit diesem Gesetz grüne Politik. Die Fortwirtschaft kommt dabei unter die Räder.“ (leso szf)

Teilen